IV. Jahrg. / Nr. 56 / Preis für Groß-Berlin 20 Pfg. — Abend-Ausgabe — Donnerstag, den 3. Februar 1921

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion: Stallschreiberstr. 34/35 (Sprechz.: 5—6 Uhr)
Telefon: Amt Moritzplatz 12579

Erscheint zweimal täglich. Sonntags und Montags einmal.

Expedition und Inseratenannahme: Berlin SW 14
Stallschreiberstraße 34 35 (Telefon: Moritzplatz 12579)

Der Bezugspreis beträgt für Groß-Berlin 2 mal täglich frei ins Haus 10.— Mk. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Bezugspreis 10.— Mk. monatlich. Bei Zusendung unter Streifband für Deutschland und Oesterreich 14.— Mk., als Brief 30.— Mk. Für Ausland unter Streifband 21.50 Mk., als Brief 50.— Mk; bei einmaliger Zustellung einschl. Porto und Versand.

Begründer von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Es wird berechnet die 8gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum mit 4.— Mk., Familien- und Organisationsanzeigen 3,— Mk. netto. — Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 90 Pfg., jedes weitere Wort 75 Pfg.. Bei Familien- und Organisationswortanzeigen das fettgedruckte Wort 75 Pfg., jedes weitere Wort 45 Pfg. netto. — Reklamezeile 12 Mk.

Die V.K.P.D. zum Kongreß der Kommunistischen Partei Englands

In Leeds (England) hält die Kommunistische Partei Englands ihren Kongreß ab. Die Zentrale unserer Partei sandte folgendes Telegramm:

„Die V.K.P.D. sendet dem Kongreß der Kommunisten Englands zu Leeds die Versicherung brüderlicher Gesinnung und die innigsten Wünsche für den Zusammenschluß aller kommunistischen Kräfte zu einer Partei. Auch England wird in steigendem Maße von der Weltkrise des Kapitalismus erfaßt. Die besitzende und ausbeutende Klasse beweist, daß sie weder die Fähigkeit noch den Willen hat, die gesellschaftliche Wirtschaft so zu organisieren und zu regeln, daß allen gesellschaftsnützlichen und gesellschaftswichtigen Gliedern eine kulturwürdige Existenz gesichert sei. Der bürgerlich-kapitalistische Staat erweist, daß ihn weder die Fähigkeit noch der Wille eignet, die Interessen der hand- und kopfarbeitenden Massen gegen die Profitsucht und die Wirtschaftsgewalt des verfallenden Kapitalismus nachdrücklich zu schützen. Unter der Maske der Demokratie betätigt er sich als der politische Büttel und Scherge der besitzenden und ausbeutenden Minderheit.

Auch in England stellt sich heraus, daß die seitherigen Ziele und Methoden der Arbeiterbewegung — verkörpert in der Taktik der Trade Unions alten Stils und der Labour Party — unzulänglich sind, die breitesten schaffenden Massen gegen gesteigerte barbarische Ausbeutung und politische Knechtung zu schützen, ja ihnen auch nur die nackte Existenz zu sichern. Das blutige Elend wachsender Massen Arbeitsloser offenbart den Verfall der kapitalistischen Wirtschaft Englands. Die bettelhaften Maßregeln der Gemeinden und des Staates zur Abhilfe des Arbeitslosenelends zeigen augenscheinlich die Ohnmacht der bürgerlichen Ordnung, die Brotlosen, Obdachlosen, Heimatlosen auch nur satt zu machen. Die wachsenden revolutionären nationalen Bewegungen in den britischen Kolonien, die dauernde Rebellion Irlands gegen seine Ausbeutung und Versklavung durch die englische Bourgeoisie schließen es aus, daß der englische Kapitalismus den fronenden und darbenden englischen Proletariern auch nur Bettelalmosen und kleine Zugeständnisse auf Kosten vergewaltigter Völkerschaften und Nationen reicht. Die breitesten schaffenden Massen selbst müssen in England den Kampf aufnehmen gegen ihre Verelendung, indem sie für die Kontrolle der Wirtschaft durch revolutionäre Betriebsräte kämpfen, als den ersten wirtschaftlichen Schritt zur Ausschaltung und Niederzwingung des kapitalistischen Profits und der Ueberführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft. Die breitesten schaffenden Massen selbst müssen den Kampf aufnehmen gegen ihre Niederhaltung und Knebelung durch den kapitalistischen Staat, indem sie für die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und die Diktatur des Proletariats durch die Räteordnung kämpft. Zu diesem Doppelkampf bedürfen die breitesten schaffenden Massen der Führung durch eine Partei, die grundsätzklar, wegsicher, ideologisch einheitlich und organisatorisch festgeschlossen den unerschütterlichen Willen besitzt, alle legalen wie illegalen Möglichkeiten, Mittel und Waffen des revolutionären Handelns auszunutzen.

Die V.K.P.D. begrüßt die Konferenz zu Leeds als einen starken Beweis, daß die breitesten schaffenden Massen in England sich zum revolutionären Kampfe zu sammeln und aufzumarschieren beginnen. Sie begrüßt ihn als einen Beweis, daß den Massen die zielklare, entschlossene und kühne Führung nicht fehlen wird. Die Vereinigte Kommunistische Partei Englands wird ein wichtiges Bataillon der großen Armee des revolutionären Weltproletariats sein.

Hoch die Vereinigte Kommunistische Partei Englands!
Hoch die Weltrevolution!

Die Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands."

Die Aufruhrbewegung in Britisch-Indien

(T.U.) London, 3. Februar.

Die „Times" melden aus Allahabad: Die Gährung unter der Landbevölkerung in der Provinz Oudh wächst, obwohl die Regierung Maßnahmen zur Unterdrückung der Aufruhrbewegung angekündigt hat. Es wird gemeldet, daß in dieser Provinz sich folgender Zwischenfall ereignet hat: Etwa tausend Personen hatten sich auf der Eisenbahnstrecke niedergelegt, um einen Zug zum Stillstand zu bringen, der die, wie man annahm, verhafteten Führer zum Gefängnis transportieren sollte. Der Zugführer, der die Menge nicht bewegen konnte, sich von dem Geleise zu entfernen, ersuchte die Polizei, den Bahndamm zu räumen. Die Menge begann dann mit Steinen zu werfen, worauf die Polizisten eine Gewehrsalve auf die Menge abgaben. Auf beiden Seiten gab es einen Verwundeten.

(T.U.) Allahabad, 3. Februar.

Man befürchtet neue Unruhen im Bezirk von Rai-Barli, wo Ghandis Anhänger erneut eine rege Tätigkeit entfalten. In Fyzabad wurden verschiedene Personen von der Polizei erschossen. Verstärkungen sind dorthin abgegangen.

Die englische Unabhängige Partei und die dritte Internationale

(T.U.) London, 3. Februar.

Von den sieben Sektionen der Indepedent Labour Party haben sich bis jetzt fünf Sektionen über die Frage des Anschlusses an Moskau ausgesprochen. Das Gesamtresultat der fünf Sektionen ergibt 272 Stimmen gegen den Anschluß und 130 Stimmen für den Anschluß an Moskau. Das Resultat zweier Sektionen steht noch aus. Es handelt sich nicht etwa um Urabstimmungen der Massen, sondern lediglich um Meinungskundgebungen der seit langem antibolschewistischen Funktionäre.

Die Kommunistenjagd in Paris

Ueber die Verfolgungen der Polizei Briands gegen unsere französischen Genossen berichtet ein neues Privattelegramm der „Roten Fahne" weitere Einzelheiten:

Paris, 2. Februar.

Das politische „Komplott" wird weiter gespielt. Die Regierung läßt der Gerichtspolizei volle Freiheit, um ihre düsteren Machinationen fortzuführen. Ker bleibt weiter, trotzdem man ihm nicht das geringste nachweisen konnte, „zur Disposition des Untersuchungsrichters" im Gefängnis. Man hat gestern auch bei der Gruppe Clarté und dem Arbeiterverein „Proudhon" Haussuchungen vorgenommen. In Bordeaux wurden die Wohnungen vieler kommunistischer Genossen von der Polizei besetzt. Neun Spanier wurden ins Gefängnis eingeliefert. Der Polizeichef hat erklärt, daß in Bordeaux die genannten Gruppen „eine aktive Propaganda zugunsten des Sowjetregimes" ausübten.

Eine amtliche Note des Pariser Polizeipräsidiums erklärt: „Die getroffenen Maßnahmen sind eine Folge des Kongresses von Tours und der Affäre Klara Zetkin."

Von den Unterdrückungsmaßnahmen wurden übrigens bisher ausschließlich kommunistische Genossen von der französischen Sektion der Dritten Internationale und Ausländer betroffen, die der Sympathie mit dem Bolschewismus verdächtig sind.

Kemal Pascha lehnt ab.

(T.U.) London, 3. Februar.

Aus Konstantinopel wird der „Morningpost" gemeldet, daß Mustapha Kemal Pascha es ablehnt, an der Londoner Konferenz teilzunehmen, es sei denn, daß die Regierung von Angora direkt eingeladen werde.

Die Arbeitslosigkeit in Antwerpen

(T.U.) Brüssel, 3. Februar.

Man zählt augenblicklich in Antwerpen 18 000 Arbeitslose, unter denen sich 6000 Diamantarbeiter und 5000 Hafenarbeiter befinden. Die übrigen gehören vor allem zur Tabak- und Bekleidungsindustrie.

Die tschechoslowakischen Steuervorlagen

(T.U.) Prag, 3. Februar.

Die Situation im Finanzministerium kann kritisch genannt werden, da Dr. Englisch sich entschlossen hat, seine Demission zu überreichen, für den Fall, daß er keine Mehrheit für die Annahme der neuesten Steuervorlagen findet, die es ihm ermöglichen würden, die dringendsten Finanzaufgaben des Staates durchzuführen und hauptsächlich die drohende Situation der Gemeinden zu bessern. Die sozialistischen Parteien jedoch beharren auf dem Ausgleich der neuen Umsatzsteuer einerseits und der Erbschaftssteuer, der erhöhten Einkommensteuer und der erhöhten Exportgewinnsteuer andererseits. Die bürgerlichen Parteien werden versuchen, die Steuerfrage in die nächste Session zu verschieben. Minister Englisch braucht jedoch dringend die sofortige Erledigung der Steuervorlagen, um wenigstens den Staatsangestellten den beschlossenen sogenannten Regiebeitrag im Betrage von 100 Millionen Kronen auszahlen zu können. Es finden rege Beratungen der tschechischen Parteien statt und der Ministerpräsident Czerny konferiert mit dem Präsidenten Massaryk. Es besteht die Hoffnung, daß es zu einem Ausgleich zwischen den Parteien kommen wird.

Die rumänisch-tschechischen Grenzverhandlungen gescheitert

(T.U.) Prag, 3. Februar.

Die tschechischen Blätter melden aus Ungarn, daß die Abgrenzungsverhandlungen der rumänisch-tschechischen Abgrenzungskommission infolge der übertriebenen Forderungen der rumänischen Delegation vollkommen gescheitert sind, welche darauf beharrt, daß ein bedeutender Teil des jetzigen Karpatho-Rußlands an Rumänien angegliedert werde. Unter solchen Umständen lehnte die tschecho-slowakische Delegation alle weiteren Verhandlungen ab.

Einheitsnarren

(T.U.) Herfurt, 3. Februar.

Die Deutsch-Demokratische Partei von Nordwestfalen hat durch ihren Vorstand ein Telegramm an den Reichspräsidenten in Berlin folgenden Inhaltes gerichtet: „Herr Präsident! Der Augenblick schärfster Bedrängnis und furchtbarster Not im Volke und Vaterlande gebietet die Zusammenfassung sämtlicher Kräfte unseres Volkes. Darum bitten wir Sie, Herr Präsident, unverzüglich in einem Aufrufe an das deutsche Volk aufzufordern zur Einstellung aller Parteikämpfe für die bevorstehenden Wahlen durch Aufstellung von Einheitslisten unter Beteiligung aller Parteien. Heute, wo uns unversöhnliche Gegner mit dauernder wirtschaftlicher und politischer Knechtschaft drohen, hat die Partei zu schweigen. Für die Deutsch-Demokratische Partei von Nordwestfalen gezeichnet Kuhle-Herfurt, Brand-Herfurt, Nische-Minden, Schmal-Bielefeld."

Das würde den Herrschaften so passen.

Gesondertes Zollsystem für Rheinland!

„Temps" schlägt in seinem Leitartikel vom 2. Februar im Anschluß an eine Betrachtung über die gestrige Rede des Reichsministers Dr. Simons unter Berufung auf Artikel 270 des Versailler Vertrages vor: 1. daß die alliierten Regierungen, jede in ihrer Besetzungszone, Besitz von den deutschen Zolleinnahmen am linken Rheinufer nehmen, 2. daß sie durch eine Zollgrenze das besetzte deutsche Gebiet von dem nicht besetzten trennen, 3. daß die alliierten Regierungen unverzüglich ein Zollregime für das besetzte Gebiet ausarbeiten.

Die Arbeitslosigkeit im Dezember

6 Millionen Menschen als Opfer der kapitalistischen Produktionssabotage

Das Reichsarbeitsblatt Nr. 8 vom 30. Januar schreibt über die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt im Dezember 1920:

„In dem Bilde, das die Arbeitsmarktlage im Reiche zurzeit bietet, haben sich die düsteren Züge vermehrt und verschärft. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen hat sich erheblich vermehrt. Sie belief sich ohne Familienangehörige am 1. Dezember auf 349 382, am 1. Januar auf 408 761, das bedeutet eine Vermehrung um 59 386 oder 17,0 vom Hundert. Besonders stark war die Zunahme der männlichen Vollerwerbslosen: von 275 825 am 1. Dezember auf 332 740 am 1. Januar, d. h. eine Zunahme von 56 915 oder 20,6 vom Hundert. Beim weiblichen Geschlecht machte die Zunahme nur etwa 3,4 vom Hundert aus."

Das Reichsarbeitsblatt weist ausdrücklich darauf hin, daß keine der in Deutschland zur Verfügung stehenden Arbeitsmarkt-Statistiken die wirkliche Höhe der Arbeitslosigkeit erkennen läßt. Insbesondere bleiben diejenigen Arbeitslosen, welche keine Erwerbslosenunterstützung beziehen, von der Statistik vollständig unerfaßt. Das Reichsarbeitsblatt betont, daß Mitteilungen, nach denen die Arbeitslosigkeit in Deutschland ungefähr halb so groß sei wie die englische, irreführend sind. Es ist anzunehmen, daß die englische Statistik alle diejenigen Arbeitslosen umfaßt, die bei den Arbeitsnachweisen Anträge auf Gewährung von Unterstützung einreichen, während die deutsche Statistik nur solche Erwerbslose berücksichtigt, welche tatsächlich Unterstützung beziehen. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in Deutschland beträgt zurzeit 400 000. Würde man die Nichtunterstützten hinzurechnen, so ergäbe das eine Zahl, die die englische Zahl nach dem Reichsarbeitsblatt um ein mehrfaches übersteigt. Einige Zahlen, die das Reichsarbeitsblatt angibt, beweisen uns, daß die Unterstützten nur etwa ein Viertel aller Erwerbslosen in Deutschland darstellen, während die große Masse der Erwerbslosen ohne Unterstützung bleibt. Das Reichsarbeitsblatt führt folgende Beispiele dafür an:

„Nach einer Feststellung des Landesarbeitsamts Westfalen für die einzelnen Monate des Jahres 1920 stellt sich die Zahl der Arbeitslosen mit Voll- und Teilunterstützung fast ausnahmslos erheblich niedriger als die der Arbeitslosen, die eine Unterstützung aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge nicht bezogen. Am 2. Oktober standen z. B. 2642 unterstützten Arbeitslosen 6513 Arbeitslose ohne Unterstützung gegenüber, und es betrugen die entsprechenden Zahlen für den 6. November und den 4. Dezember 1559 bzw. 1143 Arbeitslose mit Voll- oder Teilunterstützung gegen 6598 bzw. 5105 nichtunterstützte Arbeitslose."

Danach war also das Verhältnis der nichtunterstützten zu den unterstützten Arbeitslosen wie 4½ zu 1. Nimmt man das Verhältnis von 4 zu 1 als Durchschnitt, so würde die Zahl der nichtunterstützten Erwerbslosen in Deutschland 1 600 000 und die Gesamtzahl der Erwerbslosen 2 000 000 betragen. Nach der Antwort der deutschen Regierung an die Entente beträgt die Zahl der Kurzarbeiter in Deutschland 2 Millionen. Erwerbslose und Kurzarbeiter zusammen würden also eine Masse von 4 Millionen ergeben. Rechnet man dazu die Familienmitglieder der Erwerbslosen, so ergibt sich, daß die Gesamtzahl der unmittelbar von der kapitalistischen Produktionssabotage Betroffenen mindestens 6 Milionen beträgt.

Ueber die Verteilung der Erwerbslosigkeit auf Männer und Frauen sagt der Bericht des Reichsarbeitsblattes, daß bei den Arbeitsnachweisen auf je 100 für männliche Bewerber offene Stellen im Dezember 232 Stellungsuchende (gegen 212 im Vormonat und 199 im Oktober) und auf je 100 für Frauen offene Stellen 143 Bewerberinnen (gegen 134 im Vormonat) vorhanden waren. Schon aus diesen Zahlen ergibt sich, daß bei Betriebseinstellungen und Entlassungen die teueren männlichen Arbeitskräfte mehr zu leiden haben als die billigeren weiblichen. Diese Tatsache wird aber noch greller beleuchtet durch andere, vom Reichsarbeitsblatt mitgeteilte Zahlen, aus denen hervorgeht, daß vor allem die älteren verheirateten männlichen Arbeiter zuerst aufs Pflaster geworfen werden. Man zieht ihnen die weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte nicht nur vor, weil sie billiger, sondern auch deshalb, weil sie gefügiger sind und eher bereit, sich verschärfte Ausbeutungsmethoden aufzwingen zu lassen. Das Reichsarbeitsamt schreibt darüber:

„Im Dezember 1920 hat die Zahl der Erwerbslosen-Unterstützungsempfänger eine weitere erhebliche Steigerung erfahren. Während am 1. Dezember 349 382 vollerwerbslose Unterstützungsempfänger (ausschließlich Familienangehörige) gezählt wurden, belief sich deren Zahl am 1. Januar 1921 auf 408 763. An dieser Steigerung war hauptsächlich das männliche Geschlecht beteiligt. Die Zahl stieg von 275 825 auf 332 740, wogegen die Zahl der unter-